

Protokoll

über die Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, dem 28. Oktober 2010, um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Marktgemeindeamtes Neuberg an der Mürz. Die anwesenden Gemeinderäte werden um 17.15 Uhr von Bürgermeister Peter Tautscher in den Sitzungssaal gebeten.

Anwesend: Bürgermeister Peter Tautscher, Vizebürgermeister Christian Steinacher, Gemeindegassier Reinhard Knaus, die Gemeinderäte Elfriede Becvar – Hainfellner (bis 18.00 Uhr), Karin Danzer, Bettina Bliem, Friederike Langof, Manfred Brunner, Andreas Reisinger, Friedrich Reisinger, Hannes Amesbauer, Ing. Wilhelm Tulzer, Patrik Backhaus, Christian Ellmeier, Jochen Graf.

Nach Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit durch den Bürgermeister beantragt dieser, den Punkt 3 vorzuziehen, da der Geschäftsführer der EDN-GmbH anwesend ist, einstimmig angenommen. Weiters wird der Bed. Gatschelhofer als Protokollführer vom Bürgermeister vorgeschlagen, einstimmig angenommen. Der Bürgermeister beantragt den Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Hannes Amesbauer und Friedrich Reisinger „Resolution an die Österreichische Post AG“ unter Punkt 5.A zu behandeln. Einstimmig angenommen. Außerdem beantragt der Bürgermeister den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion „Einführung eines Beschlussregisters“ unter Punkt 5.B zu behandeln. Einstimmig angenommen. Danach wird zur Tagesordnung übergegangen, welche lautet:

- 1.) Nachtragsvoranschlag 2010 – EDN-GmbH
- 2.) Fragestunde
- 3.) Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolles
- 4.) Radweg-Bericht
- 5.) Berichte des Bürgermeisters
- 5.A) Resolution an die Österreichische Post AG
- 5.B) Einführung eines Beschlussregisters
- 6.) Berichte der Ausschussobmänner
- 7.) Allfälliges
- 8.) Personalangelegenheiten – nicht öffentlich und vertraulich
- 9.) Gebührenangelegenheiten – nicht öffentlich und vertraulich

Bei Punkt 1.) erteilt der Bürgermeister den Geschäftsführer der EDN-GmbH Herrn Ing. Mag. Wolfgang Bach das Wort. Dieser erläutert die bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen der Marktgemeinde Neuberg/Mürz aus dem Abtretungsvertrag und der Post Due Dilligence. Er verweist auf die Prozesskostenrückstellung über 760.0000,- Euro, welche für die Prozesse Teerag-Asdag und DI Burkelz laut Abtretungsvertrag zu bilden war und erläutert, dass daraus auch die Endkollaudierungen KW-Kühhörndlwehr und Fertigstellung Fernwärme zu bedienen sind. Bei Erschöpfung der Rückstellung muss der Aufwand an die Gemeinde fakturiert werden. Folgende Punkte werden vom Geschäftsführer erläutert:

- Uferabflachung KW-Kühhörndlwehr, dieser Vorgang ist in Planung.
- Vereinbarung Baumgartner insbesondere Grundwasserspiegel.
- Causa DI Burkelz, das neue Gerichtsgutachten ist negativ und soll mit einer Gegenforderung über das Gutachten CCI neutralisiert werden.

- Die Rückstellung ist erschöpft und es werden daher rund Euro 48.000,00 mit Fälligkeit 30.6.2011 von der EDN-GmbH an die Gemeinde fakturiert. Eine Aufstellung hierüber wurde mit Herrn Bürgermeister Tautscher und AL Schwab am 5.10.2010 in Graz abgesprochen.
- Investitionen ins Stromnetz sind passiert und werden weiter forciert.
- Die EDN wird weiter reorganisiert.
- Beim Stromgeschäft gibt es derzeit einen Einbruch um rund Euro 300.000,00.
- Die Netztarife sind gesunken.
- Der Handel ist negativ und es sollten Kooperationen allgemein und für den Handel gefunden werden.

GR Ing. Tulzer hinterfragt die Probleme Baumgartner, Grundwasserpegel, gab es Messungen vor dem Kraftwerksbau. Der GF erläutert, dass der Pegel zu hoch ist und die Gemeinde ursprünglich eine diesbezügliche privatrechtliche Vereinbarung unterschrieben hat, wo der Urzustand gewährt wird. Baumgartner macht dies derzeit im WR-Verfahren geltend, was zu einer erheblichen Verzögerung in der Endkollaudierung führen wird.

GR Graf fragt um die Höhe des Pegels an. Der GF erläutert um ca. 1 ½ Meter ist der Pegel zu hoch und dass Baumgartner hier durch die Vereinbarung massiv im Vorteil ist. Er will scheinbar ein Gesamtpaket der Gemeinde. Der Bürgermeister erwidert, dass Baumgartner einen trockenen Grund und die Errichtung einer Gemeindestraße, sowie eine Brückenübernahme will.

Vzbgm. Steinacher verweist auf den Gemeinderatsbeschluss des Hochwasserzuschusses über Euro 500.000,00 von der Gemeinde an die EDN-GmbH und dass dieser zweckgewidmet war. Es sollte ein diesbezüglicher Verwendungsnachweis seitens des Geschäftsführers erstellt werden. Es könnten ja Doppelzahlungen für den Unterwasserbereich seitens der Gemeinde, wie zum Beispiel die Uferabflachung erfolgen. Der Geschäftsführer erwidert, dass das Kraftwerk als Einheit für den Hochwasserschutz zu sehen ist und die Verpflichtung zur Zahlung des Hochwasserzuschusses aus dem Abtretungsvertrag stammt. Jedoch könne er auf Wunsch DI Wedenig mit der Erstellung eines Verwendungsnachweises beauftragen.

GR Ellmeier hinterfragt das Ergebnis der EDN-GmbH. Der Geschäftsführer erläutert, dass das Ebit bei ca. minus Euro 400.000,00 steht.

GR Graf wünscht eine Erläuterung der angedachten Kooperationen und des Berichtswesens. Der Geschäftsführer erwidert, dass dies mit der Stadtwerke Mürzzuschlag bezüglich Netz und Handel angedacht werden soll, wenn die Eigentümervertreter ihre Zustimmung zu Gesprächen erteilen. Weiters teilt er mit, dass das Regulativ für Netzgebühren mit 7 % des eingesetzten Kapitals nicht erreicht wird, daher um den Netzaufwand zu erkennen eine Unbundlingbilanz erstellt wurde und man das Netz verkaufen könnte. Bezüglich Berichtswesen erläutert er, dass dem Minderheitseigentümer die Bilanz und die Mittelfristplanung in der Generalversammlung vorgelegt wird. Die Monats- und Quartalsberichte werden nicht schriftlich vorgelegt, jedoch mündlich erläutert. Der Bürgermeister wirft ein, dass sich der Bau- und Finanzausschuss mit dieser Materie noch näher befassen soll und dankt dem Geschäftsführer für seine Ausführungen. Frau GR Elfriede Becvar-Hainfellner verlässt den Sitzungssaal.

Vom Bürgermeister wird **zum Nachtragsvoranschlag 2010 – EDN-GmbH, Schadenersatz-Rückstellungsüberschreitung** folgendes erläutert:

Am 5.10.2010 war Bgm.Tautscher mit AL Schwab bei der Energie Steiermark, wo der derzeitige Aufwand, sowie die zukünftigen Kosten für die Endkollaudierung KW-Kühnhörndlwehr, Endabnahme Fernwärme (Anlagenrechtliches Verfahren BH-Mürzzuschlag) und Prozess DI Burkelz im Beisein von GF Mag. Ing. Bach beziffert wurden.

Laut Abtretungsvertrag vom 31.10.2007 und Post Due Dilligence vom 7.8.2008 wurde eine Rückstellung über 760.000,-- für die Prozesskosten Teerag und DI Burkelz vereinbart. Weiters wurde vereinbart, dass die Kosten der Endkollaudierung KW-Kühnh. von dieser Rückstellung

laufend abgebucht werden. Diese Rückstellung ist wie schon im GR berichtet erschöpft und es werden die Rechnungen für den Fertigstellungsaufwand netto (ohne Ust) als Schadenersatz an die Gemeinde über Euro 47.816,04 mit Zahlungsziel 30.6.2011 fakturiert. Die Rückstellungsaufstellung ist dem Protokoll als Beilage A anhängig. Der Bürgermeister stellt darauf hin den Antrag **folgenden Nachtragsvoranschlag zu beschließen: OH Ausgaben 1/914/690 Schadenersatz an die EDN-GmbH für die Kollaudierung KW-Kühhörndlwehr über Euro 48.000,00 und OH Einnahmen 2/914/298 Entnahme und gleichzeitige Auflösung der Haushaltsrücklage über Euro 15.000,00.**

12 Gemeinderäte stimmen dafür. GR Jochen Graf und GR Patrik Backhaus stimmen dagegen. Damit gilt der Nachtragsvoranschlag als beschlossen.

Weiters wurde der zukünftige Aufwand bei der Fernwärme mit Euro 28.740,00 geschätzt, wovon aber bereits 20.122,80 der Rückstellung abgerechnet wurden, Rest hierfür daher rund 8.500,00 Euro und für die Endkollaudierung KW-Kühh. mit Euro 87.029,00 (inkl.Steinschlichtung, Causa Baumgartner Drainage usw.)beziffert, was im **Voranschlag 2011** im AOH mit insgesamt **95.500,00** ausgabenseitig veranschlagt werden muss, auch die **Finanzierung** hierzu wäre im Vorfeld festzulegen. Der Prozess DI Burkelz wird mit Euro 82.917,17 Risiko für die Gemeinde beziffert, wobei der Zeitraum nicht abgeschätzt werden kann.

Der Bürgermeister erläutert hierzu, dass er hierüber auch beim Land (Mag. Latzka und Gemeindeprüfer Riegelneg) mit GR Reisinger Friedrich vorgesprochen hat, wobei das Land Steiermark eine Auflistung der seinerzeitigen Haushaltsrücklage (ESTAG-Million) haben will und dann die weitere Vorgangsweise in einem Sanierungskonzept mitteilt. Weiters soll die weitere Vorgangsweise insbesondere im Hinblick auf den Voranschlag 2011 über die Finanzierung „EDN-Verpflichtungen“ im Bau-, Finanz- und Betriebswirtschaftsausschuss vorbehandelt werden. Bezüglich Stand Prozess DI Burkelz berichtet der Bürgermeister, wie folgt:

Das Sachverständigengutachten des neuen Sachverständigen DI Kohlhofer, fiel laut als Protokollanlage B beiliegendem Brief von Dr. Jilek negativ für die EDN-GmbH aus. Es gab daher am 19.10.2010 eine diesbezügliche Besprechung im Gemeindeamt, wo Dr. Jilek, Ing.Mag.Bach, BL Blahnik, Mag. Pratl, DI Wellacher, Bgm.Tautscher und Bed. Gatschelhofer anwesend waren. Es wurde erörtert die CCI mit dem Gutachten über 330.000,00 € Einsparungspotential in die Pflicht zu nehmen und zu versuchen das Gutachten des DI Kohlhofer zu widerlegen. Das heißt der Prozess wird mit Beistand des DI Wellacher über Dr. Jilek fortgeführt und es ist ein Kostenvorschuss von Euro 1.500,00 zu erlegen. Da die Rückstellung erschöpft ist, wird dies von der EDN-GmbH an die Gemeinde weiterfakturiert.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag auf Fortführung des Prozesses, Zahlung des Kostenvorschusses (die Zahlung des Kostenvorschusses wurde schon im Gemeindevorstand einstimmig angenommen) und dass Herr Geschäftsführer Ing. Mag. Bach die Endkollaudierung KW-Kühhörndlwehr, den Prozess DI Burkelz, sowie die Endabnahme Fernwärme weiterhin mit Unterstützung der Energie Steiermark AG, insbesondere durch DI Wedenig und DI Wellacher zum internen Verrechnungssatz der ESTAG (50 % von der Verrechnung nach außen) laut Kostenschätzung (Protokollbeilage A)weiterbetreiben soll. Einstimmig angenommen.

Auf Anfrage GR Graf erläutert der Bürgermeister, dass in der (Protokollbeilage A) Kostenschätzung Euro 8.000,00 für die E-TPW angeführt sind. Aus diesem Titel wird DI Wedenig und DI Wellacher bezahlt.

GR Ing. Tulzer erläutert, dass die Rückstellungsverwendung auch im Vergleichsvorschlag vom 7.8.2008 mit Gemeinderatsbeschluss und Unterschriftsleistung erfolgt ist.

Bei Punkt 2.) Fragestunde werden folgende Fragen gestellt:

GR Amesbauer hinterfragt bezüglich Landesmittel. Der Bürgermeister erläutert, dass laut Schreiben vom Land per 21.10.2010 die Fördermittel für das ASZ nicht fließen werden. Laut Schreiben per 25.10.2010 der Fachabteilung 7A wird der Kassenkredit bekrittelt und um ein Sanierungskonzept bis 30.11.2010 gebeten, wobei hierbei Unterstützungsleistung angeboten wird. Der Finanzausschuss soll mit dem Sanierungskonzept befasst werden. GR Reisinger erwidert, dass man die Unterstützungsleistung annehmen könnte.

GR Ing. Tulzer hinterfragt die Kassenkreditstände per 1.1.2009 und 31.12.2009. Bed. Gatschelhofer teilt diese auf Weisung des Bürgermeisters mit -272.772,71 und -781.538,61 mit.

GR Bliem fragt bezüglich Postschließung an. Der Bürgermeister erwidert, dass die Post-Control-Kommission laut Mitteilung vom 20.10.2010 die Schließung gemäß § 7 Abs.6 Postmarktgesetz untersagt hat. GR Amesbauer erläutert, dass hier 2 Punkte zu beachten sind und zwar der Wirtschaftliche Faktor und eine 10 km Grenze zur nächsten Postabgabestelle, wobei für Neuberg die 10 km Grenze Richtung Mürzsteg nicht erfüllt ist. GR Bliem erläutert weiters, dass bei der Müllsammelstelle Hirschbach viele gelbe Säcke liegen. Der Bürgermeister erwidert, dass hier scheinbar zwischenzeitlich, also nicht zu den festgelegten Abfuhrterminen entsorgt wird und der Verursacher erhoben wird.

GR Graf fragt an warum aus Neuberg kein Mandatar bei der Regionssitzung in Mürzzuschlag war. Der Bürgermeister erklärt, dass der Termin mit Dienstag, 09.00 Uhr unglücklich gewählt war, er aber dem Vizebürgermeister den Termin weitergegeben hat. Vizebürgermeister Steinacher erklärt, dass er entschuldigt war.

GR Langof hinterfragt bezüglich zukünftiger Haftpflichtversicherung für das Marktfest. Der Bürgermeister erwidert, dass diese eventuell zukünftig nur für diesen einen Tag abgeschlossen wird.

GK Knaus fragt bezüglich Aussage des Bürgermeisters mit Selbstbedienungsladen Fischerei an. Der Bürgermeister erläutert, dass hier eine Richtigstellung in der Gemeindezeitung kommt und er hierüber sehr aufschlussreich mit Herrn Köpfelsberger und den Fischereiaufsehern diskutiert hat.

Vizebürgermeister Steinacher hinterfragt ob es beim 100 jährigen Hochwasserschutz Planungsfehler gibt. Der Bürgermeister erwidert, dass eine diesbezügliche Abklärungsbitte vom Amtsleiter bereits an das Land geschickt wurde. Weiters fragt der Vizebürgermeister wegen der widmungsgemäßen Verwendung der Barmittel über Euro 12.000,00 im Zuge der Gründung des 4.3 Tourismusverbandes an. Der Bürgermeister berichtet, dass laut Rücksprache mit Herrn Neubacher das Geld weg ist und um eine Verwendungsaufstellung gebeten wurde.

GR Danzer fragt bezüglich Studentenprojekt im Stift und um Kosten der Vortragenden. Der Bürgermeister erwidert, dass das Projekt jedem Gemeinderat bekannt war und dass er eine Schneewanderung, sowie einen kulturellen Abend mit den Studenten durchgeführt hat. Weiters gab es, wie schon im Gemeindevorstand erläutert eine Honorarnote des Raumplaners DI Saiko über 2.210 Euro, was aber über Amtsleiter Schwab abgeklärt wird, da dieser Herrn DI Saiko für den Vortrag engagiert hat. Außerdem wurde der Dolmetscher mit Euro 1.600,00 verrechnet. Ein Ergebnis des Projektes gibt es bei den nächsten Kulturtagen und Herr Aigner

hat für die ersten Fünf Geldpreise gesponsert. Der Bürgermeister erläutert weiters, dass Herr Weiss einen Steinlehrpfad im Stift machen will.

GR Graf fragt an, warum das Studententreffen nicht auf der Gemeindehomepage und der Informationsfluss insgesamt sehr spärlich war. Der Bürgermeister erwidert, dass eine Einschaltung im Infokanal und auch sehr wohl mündliche Information vorhanden war. Zukünftig soll jedoch bei solchen Projekten mehr Info verteilt und die Gemeinderäte um Mitarbeit gebeten werden.

GR Danzer hinterfragt das Bürgerbüro im Erdgeschoss des Gemeindeamtes. Der Bürgermeister erläutert, dass der Bauausschuss diesbezüglich tagen wird.

GR Graf hinterfragt bezüglich Rücklegung des Beiratssitzes durch den Bürgermeister bei der EDN-GmbH und gibt an, dass er wie mit dem Bürgermeister vereinbart die diesbezüglichen Unterlagen im Gemeindeamt gesichtet und teilweise kopiert hat. Im Gesellschaftsvertrag ist die Errichtung dieses Beirats mit einfacher Mehrheit verankert und man sollte nicht darauf verzichten, da dieses Gremium vorberatend für die Meinungsbildung in der Generalversammlung ist. GR Reisinger bemerkt, dass die ESTAG Mehrheitseigentümer ist und die Marktgemeinde Neuberg daher bei der Einrichtung des Beirates überstimmt werden könnte. Der Bürgermeister erläutert, dass Herr GF Ing. Mag. Bach angedeutet hat, dass in Zukunft die Marktgemeinde diesen Beirat verlieren könnte, da dies ein Fachgremium ist. Daraufhin verliest der Bürgermeister die Zugeständnisse des Geschäftsführers wie auch schon in der letzten Gemeinderatssitzung berichtet, für den freiwilligen Verzicht auf den Beiratssitz wie folgt:

Am 2.9.2010 hat Bgm. Tautscher als Gemeindevertreter in der EDN-Generalversammlung folgenden Umlaufbeschluss zugestimmt:

„Herr Albert Felser wird mit sofortiger Wirkung aus dem Beirat der EDN abberufen. Für seine Tätigkeit wird ihm der Dank ausgesprochen. Seine Funktion im Beirat wird nicht nachbesetzt.“

Angemerkt wird, dass dieser Beschluss auch ohne Zustimmung des Minderheitseigentümers herbeigeführt werden kann, für die Gegenzeichnung durch Bgm. Tautscher wurden aber seitens GF Ing. Mag. Bach folgende Leistungen zugesichert:

Bau einer Photovoltaikanlage um Euro 25.000,00 seitens der EDN-GmbH auf dem Schuldach, wobei die Gemeinde die Finanzierung trägt, jedoch die ESTAG Euro 5.000,00 zuschießt, also Baukosten von Euro 20.000,--. Der Stromerlös wird der Stromrechnung Schule abgeschlagen. Wert je nach Sonneneinstrahlung um Euro 1000,-- bis Euro 1500 jährlich.

Nach Anbotslegung durch die EDN-GmbH, wäre dies im Schulausschuss und im Gemeinderat zu beschließen.

Aufnahme kaufmännischen Lehrling mit anschließender Fixanstellung.

Zahlungsziel 30.6.2011 für die Fakturierung obig angeführter

Rückstellungserschöpfung ohne Verzinsung.

2 E-Bikes für den Tag der Radwegeröffnung

GR Graf bemerkt, dass diese Gegenleistungen in Anbetracht der Wertigkeit des Beiratssitzes recht dürftig sind. Der Bürgermeister erwidert, dass er in Zukunft keine Verhandlungen mehr alleine die EDN-GmbH betreffend führen wird. Daher wird er zu den EDN-GmbH Verhandlungen immer die Fraktionsobmänner, derzeit GR Amesbauer und Vizebürgermeister Steinacher, einladen.

Bei Punkt 3.) verliest der Bürgermeister die schriftlichen Protokolleinwände vom 27.10.2010 der FPÖ- und SPÖ-Fraktion zum Gemeinderatsprotokoll vom 16.9.2010, da der Protokollverfasser Herr AL Schwab im Krankenstand ist, stellt der Bürgermeister den Antrag die Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 16.9.2010 auf die nächste GR-Sitzung zu verlegen, einstimmig angenommen.

Bei Punkt 4.) berichtet der Bürgermeister, dass der Radweg fast fertig ist und noch heuer asphaltiert wird. Vzbgm.Steinacher hinterfragt, ob sich der Anteil in Prozenten für Neuberg ändert weil der Bereich Baumgartner nicht gebaut wird. GR Graf fragt an wer für die Brücken zuständig ist, welche der Radweg quert. Der Bürgermeister sichert die Klärung der beiden Anfragen bis zur nächsten Sitzung zu.

Bei Punkt 5.) berichtet der Bürgermeister, dass Frau Halmdienst bezüglich Jugendraum und Gründung Jugendverein vorgeschlagen hat. GK Knaus berichtet, dass laut Rücksprache mit Frau Halmdienst die Gesamtbetreuungskosten 6.000,00 Euro ausmachen und der Jugendverein mit der Betreuung nichts zu tun hat. Angeblich sagte der Bürgermeister, dass ihm die Betreuung nur Euro 3.500,00 wert sei und die Betreuung wird daher mit Juli eingestellt. Der Jugendverein wird aber vom HOT bezüglich Veranstaltungen unterstützt. Die Personalkosten für das gesamte HOT liegen bei 26.600 Euro, wobei zwischen Spital und Neuberg geteilt wird und je Euro 7.000 das Land trägt. Die Differenz ist die jeweilige Gemeindebelastung in Höhe von jeweils 6.300 Euro. GR Amesbauer berichtet, dass er erst vor kurzem mit Frau Halmdienst telefoniert hat und sie informierte, dass mit dem Beschluss über die 3.500 Euro die Betreuung für 2011 gesichert ist und die Differenz über Sponsoren aufgetrieben werden soll. Der Bürgermeister erwidert, dass die Aussage der Frau Halmdienst über die Wertigkeit mit den 3.500 Euro eine Unterstellung und schlichtweg falsch ist. Weiters verweist der Bürgermeister auf den diesbezüglichen Beschluss im Gemeindevorstand, welcher wie folgt verlesen wird:

„Frau Halmdienst hat dem Bürgermeister berichtet, dass ein Jugendverein über Rosenbichler Patrick gegründet werden soll und dann seitens der Gemeinde nur mehr Euro 3.500,00 für die Hot-Aktivitäten bezahlt werden muss, da der Verein die restlichen Euro 3.500,00 aufbringt. Also in Summe Euro 7.000,00. Weiters schlägt Frau Halmdienst vor, dass die Euro 3.500,00 an Gemeindesubvention gleich direkt an den Jugendverein bezahlt werden sollen, da der Jugendverein das HOT finanziert. GK Knaus erläutert, dass in Spital am Semmering das gleiche Modell erst kürzlich in die Brüche gegangen ist. Der Bürgermeister stellt daraufhin den Antrag die Gemeindesubvention 2011 für den Jugendraum bzw. die HOT-Leistung in Höhe von Euro 3.500,00 bei gleichbleibender Betreuungsleistung durch das HOT direkt an das HOT zu zahlen. Einstimmig angenommen.“

Der Bürgermeister stellt den Antrag den Gemeindevorstandsbeschluss dahingehend zu erweitern, dass die Gemeindesubvention 2011 für den Jugendraum bzw. die HOT-Leistung in Höhe von Euro 3.500,00 bei gleichbleibender Betreuungsleistung durch das HOT, direkt an das Hot ausgezahlt wird, wenn die gleichbleibende Betreuungsleistung schriftlich nachgewiesen ist. Einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister berichtet weiters, dass der Jeep kaputt ist und ein neues Auto angeschafft werden soll. Dies kann bis rund 20.000 Euro über Leasing ohne aufsichtsbehördliche Genehmigung erfolgen. Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Ermächtigung zur Einholung von Angeboten, einstimmig angenommen.

Der Vizebürgermeister erläutert, dass die von GR Becvar-Hainfellner beantragte Schulwegsicherungstafel da ist. Der Bürgermeister sichert die Montage zu.

Bei Punkt 5.A) verliest der Bürgermeister den Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Hannes Amesbauer und Friedrich Reisinger bezüglich **Resolution an die Österreichische Post AG** und stellt den Antrag auf Weiterleitung und Abstimmung, einstimmig angenommen. Die Resolution bildet die Protokollbeilage C.

Bei Punkt 5.B) verliest der Bürgermeister den Dringlichkeitsantrag der SPÖ Fraktion auf **Einführung eines Beschlussregisters** und stellt den Antrag auf Abstimmung, wobei das Beschlussregister ab dieser Gemeinderatsperiode zu erstellen ist, einstimmig angenommen. Der Antrag bildet die Protokollbeilage D.

Bei Punkt 6.) Berichte der Ausschussobmänner wird folgendes berichtet:

- **GR Amesbauer** berichtet als Obmann des Ausschusses für **Gesundheit-, Soziales, Jugend und Vereine**, dass die Nachbesprechung bezüglich Marktfest positiv ausgefallen ist und alle Beteiligten sehr zufrieden waren, die Haftpflichtversicherung sollte noch geklärt werden. Für betreutes Wohnen gab es eine Besprechung mit „Neue Lebensräume“ und es wird ein diesbezügliches Konzept erstellt, außerdem werden Objekte besucht. Das erhöhte Babygeld wird heute das erste Mal in Naturparkaltern ausbezahlt.

-**GR Brunner** berichtet als Obmann des Ausschusses für **Tourismus- Umwelt- u. Kultur**, dass der Weihnachtsmarkt ab 26.11. von 16.00 bis 19.00 als Eröffnungstag und an allen Samstagen von 16.00-19.00 im Advent geplant ist. Weiters wird für die Loipe pauschal 150 Euro pro Spuren verrechnet, wobei über den Verein Miteinander für Neuberg abgerechnet wird und ein Gesamtbudget von Euro 3.500,-- zuzüglich freie Spenden zur Verfügung steht.

Bei Punkt 7. Allfälliges berichtet Vizebürgermeister Steinacher, zum Antrag bei der letzten Gemeinderatssitzung auf Löschung der alten Ortsnamen, dass laut E-Mail vom 11. Oktober 2010 im Land Steiermark für die Neuanlage bzw. Namensänderung einer Ortschaft ein Landesregierungsbeschluss notwendig ist. Für die Auflassung von Ortschaften ist ein Gemeinderatsbeschluss ausreichend. Das heißt für die Neuanlage der Ortschaft Neuberg ist ein Landesregierungsbeschluss nötig und für die Auflassung der Ortschaften Alpl, Arzbach, Dorf, Lechen, Neudörfel und Veitschbach ein Gemeinderatsbeschluss.

Der Bürgermeister erläutert, dass die nächste Sitzung schon die Weihnachtssitzung ist und in dieser Sitzung der Voranschlag beschlossen werden muss.

Nachdem keine weiteren Wünsche und Wortmeldungen erfolgen endet der öffentliche Teil der Sitzung um 21.15 Uhr.

Die Schriftführer:

Der Bürgermeister: